

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862**

13.9.1862 (No. 215)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 13. September.

N. 215.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einzahlungsgeld: die gespaltene Zeitspalte oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

## Amtlicher Theil.

### Hofdienstnachrichten.

Karlsruhe, 12. Sept.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich mittelst Höchster Entschliessung vom 9. d. M. gnädigst bewogen gefunden:

den Vorstand des Hofbauamts, Baurath Joseph Berkmüller, zum Oberbaurath zu ernennen;  
den Vorstand des Großherzoglichen Naturalienkabinetts, Professor Dr. Moriz Seibert, und  
den Großherzoglichen Hofbibliothekar Professor Karl Graß den Dienstcharakter als Hofrath,  
ferner

dem Sekretär des Großherzoglichen Hofmarschallamts, Karl Hafer, sowie dem Sekretär des Großherzoglichen Oberstallmeisteramts, Stallverwalter August Jost, den Dienstcharakter als Rath zu ertheilen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

**Weimar, 12. Sept.** Die Versammlung deutscher Volksvertreter ist endlich hierher und zwar auf den 28. Sept. ausgeschrieben. Fries bildet hier ein Vorbereitungskomitee jegiger und ehemaliger Volksvertreter.

**Kuruz, 10. Sept.** Die „Discussions“ bestätigt, daß der definitive Schluß der legislativen Session bevorstehend ist. Dasselbe Blatt zeigt an, daß das Kriegsministerium beschlossen hat, alle gefangen genommenen Garibaldiäner, die noch nicht 18 Jahre alt sind, zu ihren Familien zurückzuschicken.

**Marseille, 11. Sept.** Die Berichte der Konstantinopeler Blätter über die Urachen der Ereignisse, welche am 14. August in dem Dorfe Ketzmann, bei Maras, stattfanden, weichen von einander ab. Das „Journal“ beschuldigt die Christen, das muslimänische Dorf angegriffen zu haben. Der „Vechen“ sagt, daß Aziz Pascha die Angreifer streng gestraft habe. Der „Cour. d'Orient“ veröffentlicht dagegen ein Schreiben, worin Aziz beschuldigt wird, die Armenier entworfen, 200 Männer, Frauen und Kinder ermordet, und das Dorf und das benachbarte Kloster geplündert und eingeäschert zu haben. Der „Courrier“ verlangt, daß Aziz vor Gericht gezogen werde.

### \* Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

#### Die Militärfrage.

**Berlin, 11. Sept.** Die Voten sind lange vor Eröffnung der Sitzung überfällig, ebenso sind die Bänke des Hauses ziemlich besetzt; in der königl. Loge befindet sich der Generalfeldmarschall v. Wrangel. Zunächst erregt das Wort der Finanzminister. Die Staatsregierung könne bei der großen Wichtigkeit des Gegenstandes nicht unterlassen, vor Eintritt in die Generaldiskussion Einiges zur Erläuterung ihrer Stellung der vorliegenden Frage gegenüber zu erklären. Die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform in der Heeresorganisation habe die Staatsregierung bereits bei früheren Gelegenheiten in genügender Weise darzulegen versucht. Die letzte Mobilmachung wie auch ferner mannigfache Erfahrungen der letzten Zeit, endlich aber namentlich die politische Lage der gegenwärtigen Zeit hätten die Pflicht geboten, die Kriegstätigkeit unserer Militärverfassung dauernd zu erhöhen. Bei der neuen Heeresorganisation sei man von dem leitenden Grundsatz ausgegangen, die allgemeine Wehrpflicht im Frieden zu erhöhen, dagegen die Dienstpflicht der Landwehr zu erleichtern. Diese Ansicht der Staatsregierung habe im Jahr 1860 im Landtage die allgemeinste Anerkennung gefunden, und nur einzelne Mitglieder der Landesvertretung hätten gegen dieselbe Widerspruch erhoben. Ein Abschluß der Angelegenheit sei in jener Legislaturperiode nicht möglich geworden, und habe der Landtag deshalb der Staatsregierung ein Extraordinarium von 9 Millionen Thalern bewilligt, um nach bestem Ermessen innerhalb der bisherigen Grundlagen, welche das Gesetz darbietet, mit demselben zu wirtschaften. Für das Jahr 1861 sei der Etat in gleicher Weise und nach denselben Prinzipien aufgestellt worden. Der Landtag habe in diesem Jahr jedoch eine solche Auffassung nicht getheilt, vielmehr verlangt, daß die projektirte Heeresorganisation gesetzlich geregelt, und ein Gesetz, welches die Abänderung des Gesetzes vom Jahr 1814 bezwecke, dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt werde. Der damalige Finanzminister habe in der Sitzung vom 11. Juli 1861 vor dem Abgeordnetenhaus eine Erklärung hierauf bezüglich abgegeben.

Bei unbefangener Erwägung dieser ganzen Angelegenheit werde man sich nicht der Ansicht verschließen können, daß die Regierung unbedingt die Absicht habe, die Heeresorganisation definitiv einzuführen und nicht dieselbe in einem Provisorium

bestehen zu lassen. Durch die mitgetheilten Vorgänge sei aber anerkannt, daß der Landtag die Absicht gehabt habe, der Regierung die Mittel zu gewähren, um die beabsichtigte Heeresorganisation zu ermöglichen. Der Bericht der Kommission für Finanzen und Zölle vom 9. Febr. 1861 habe ferner diese Absicht bestätigt. Solche Vorgänge aber hätten der Regierung keine Wahl gelassen, hier anders zu handeln; sie würde vielmehr gegen das Interesse des Landes und seiner Vertreter gehandelt haben, wenn sie die Ausgaben, welche ihr für die Heeresorganisation durch den Landtag bewilligt worden seien, nicht zur Verwendung gebracht und die Reorganisationsarbeit selbst überhaupt eingestellt hätte; die Staatsregierung habe daher geglaubt, nur einer ihr obliegenden unabweisbaren Pflicht zu genügen, wenn sie die Organisation vollkommen in's Werk gesetzt habe; denn in dem Umstand, daß das Gesetz noch nicht zwischen der Regierung und dem Landtage vereinbart sei, könne man unmöglich ein Motiv für die Verweigerung der Ausgaben herleiten. Man könne dies um so weniger thun, als die königl. Staatsregierung sich bei den vorwaltenden politischen Hauptfragen, so auch namentlich in der kurhessischen Verfassungsfrage vermöge eben dieser Heeresorganisation in jeder Beziehung auf dem gesetzlichen Standpunkt und im Einklang mit den Ansichten der Landesvertretung behaupten konnte. In der letzten Session sei endlich ein Heeresorganisationsgesetz dem Landtage zur Beratung unterbreitet worden. Wegen der erfolgten Auflösung des Hauses sei es jedoch nicht möglich gewesen, einen Beschluß über dasselbe herbeizuführen. Dem gegenwärtigen Landtage sei eine solche Vorlage nicht gemacht worden, weil die demselben nur kurz zugemessene Zeit eine Beratung derselben doch nicht ermöglicht haben würde. Aus diesem Grunde habe auch Seitens des Landtags eine Kundgebung über die Prinzipien, welche die Regierung bei dem Gesetze im Auge habe, nicht erfolgen können (Murren). Für die nächste Session endlich habe die Staatsregierung die Einbringung einer derartigen Gesetzesvorlage ins Auge gefaßt und betrachte bis dahin den darauf bezüglichen Etat als ein Interimisticum.

Wenn die Kommission daran einen Anstoß genommen, daß die Staatsregierung trotz der bekannten Ansichten der Landesvertretung den Militärstat in derselben Aufstellung wie im vorigen Jahr dem Landtage zur Genehmigung unterbreitet habe, so müsse darauf hingewiesen werden, daß eine gänzliche Umarbeitung des Etats bis zum Zusammentritt des neuen Landtags wegen des kurzen Zeitraums rein unmöglich gewesen sei. Es dürfe ferner daran erinnert werden, daß der neu aufgestellte Etat eine Ermäßigung von 2 1/2 Millionen Thalern erfahre, und daß die erfreulichen, nicht vorhergesehenen Steigerungen der Staatseinnahmen die Mittel für die Reorganisation der Armee in reichlicherem Maße gewährten. Ferner müsse auf die bereits in diesem Jahr erfolgte frühere Entlassung der Reservisten und den bevorstehenden spätern Eintritt der Rekruten hingewiesen werden, durch welche schon jetzt eine wesentliche Dienstverleichte rung für die militärischen Mannschaften herbeigeführt werde. Eine Ermäßigung des Etats für 1862 sei jedoch schon aus dem Grunde nicht möglich geworden, weil die Ausgaben bereits erfolgt war und die jetzt einmal bestehende Organisation auch ferner noch erhöhte Ausgaben erfordere.

Es sei bereits Seitens der Staatsregierung nachgewiesen worden, daß von dem Extraordinarium für die Militärorganisation eine Ersparnis von 800,000 Rthlrn. abgeführt worden sei. Es müsse aber auch ferner darauf hingewiesen werden, daß die große Vorsicht, welche bei Abschluß der Etats stets von Seiten der Staatsregierung obwalte, immer ergeben habe, daß Ueberschüsse von dem jedesmaligen Etat vorhanden seien. Diese Ueberschüsse hätten in dem Zeitraum von 5 Jahren die Höhe von 20 Millionen und 164,000 Rthlr. erreicht; dies ergebe mithin eine Durchschnittssumme von 4,033,000 Rthlr. jährlich. Daraus sei nun aber auch herzuleiten, daß trotz der Heeresorganisation auch in diesem Jahr sich ein Ueberschuss herausstellen werde, und daß die Annahme der Kommission, daß in Folge der Heeresorganisation bis zum Jahr 1870 ein jährlicher Zuschuß von 5 Millionen zum Etat gewährt werden müsse, eine irrige sei. Die Staatsregierung sei sich bewußt, daß die Kosten, welche sie auf die Mehrausgabe für die Militärorganisation verwendet habe, gesetzlich seien, und sie erwarte, daß die Genehmigung auch Seitens der Landesvertretung erfolgen werde. Die Staatsregierung könne von ihrem Standpunkt es nicht für gerechtfertigt halten, daß durch eine Verjagung der geforderten Geldmittel die Organisation des Staatsheeres gestört, der Staatshaushalts-Etat berangirt, im Innern Zerwürfnisse herbeigeführt, und der Staatsregierung überhaupt das Negieren erschwert werde.

Die Staatsregierung erkenne mit der Kommission an, daß in diesem Punkte wie überhaupt durchaus gleich verfahren werden müsse; wenn aber die Kommission glaube, daß durch das Streichen der geforderten Mehrausgabe bis zum Jahr 1860 zurück der Zweck erreicht werde, so müsse man doch darauf verweisen, daß auf solche Weise ein Zustandekommen des Etatsgesetzes unmöglich werde, weil die Ausgaben bereits gemacht worden seien. Die Staatsregierung erkläre ausdrücklich, daß sie das Recht des Abgeordnetenhauses nicht beeinträchtigen wolle, und indem sie dieses Recht vollkommen anerkenne, könne sie sich gleichzeitig bewußt sein, daß sie nicht an-

ders habe handeln können, als bisher geschehen, und aus diesem Grunde könne sie dem Beschluß des Hauses mit vollkommener Ruhe entgegensehen. Die Staatsregierung sei sich bewußt, in dieser Angelegenheit wie überhaupt vollkommen recht und gesetzmäßig gehandelt zu haben. Werde auf die vorliegende Weise ein Konflikt zwischen Landesvertretung und Staatsregierung herbeigeführt, so müsse die letztere die Schwere der Verantwortlichkeit für denselben dem Abgeordnetenhaus allein zuwenden.

Nach dieser Erklärung theilt der Präsident die Reihenfolge der Redner mit. Der erste Redner ist Abg. v. Sybel: Es wird gewiß Jeder die so eben abgegebene Erklärung nur mit der tiefsten Betrübnis angehört haben. (Lebhaftes Bravo.) Sie führt aus, daß die Regierung sich überall auf formellem Rechtsstandpunkte befunden habe und noch stehe; er müsse sich auf das entschiedenste dagegen erklären, obgleich er vielfach mit dem Kommissionsbericht nicht einverstanden sei. Der Stempel der Ungehörigkeit wird so lange auf der neuen Armeereformation haften bleiben, bis die Regierung nicht auch die formelle Zustimmung der Landesvertretung eingeholt und erhalten hat. So lange derselbe Mann an der Spitze des Kriegsministeriums steht, unter dessen oberster Leitung diese Aenderungen erfolgt sind, so lange kann allen Zusicherungen der Regierung, seien sie von welcher Art sie wollen, kein Glauben geschenkt werden. (Bravo.) Abkürzung der Dienstzeit, unersätzteter Fortbestehenlassen der Landwehr, das sind die Forderungen, die durch das Land gehen; diesen und ähnlichen Anforderungen hat die Regierung, noch keine Rechnung getragen. Heute zu Tage kann keine Regierung etwas mehr durchsetzen, wenn die Landesvertretung ihr nicht zur Seite steht; die Regierung kann aber auch in vieler Frage Hand in Hand mit der Landesvertretung gehen, da diese nichts Unmögliches von ihr verlangt. Nach der heutigen Erklärung der Regierung muß ich von dem mildern Standpunkt, auf dem ich bis jetzt gestanden, auf den äußersten zurückgehen. (Bravo.) Der Redner ergeht sich in Lobeserhebungen über die Landwehr. Ein großer Theil der Armee sei der Landesvertretung feindlich; Stimmen, die behaupten, daß das Heer Nichts von deutscher Frage und Farbe wissen wolle, dürfen in der Armee nicht fernere gehört werden. Bei Alledem glaubt Redner, daß die Annahme der Kommissionsanträge eine Entkränkung im parlamentarischen Leben herbeiführe; deshalb stimme er gegen den Kommissionsantrag.

Abg. Waldeck: Der Finanzminister wolle die Frage nur herabdrücken, indem er ein Gesetz für 1862 verheißt. Wir können nicht immer zwischen Ja und Nein hindurchschlüpfen, diese Position muß endlich aufgegeben werden. Finden wir, daß eine Position nicht verfassungsmäßig geprüft ist, dann muß sie einfach gestrichen werden. Wir streichen die Position, denn wir haben das Recht dazu! (Lebhaftes Bravo.) Preußens Politik darf nur eine defensive sein; Eroberungskriege liegen ihr fern. Die Landwehr solle nicht mehr das sein, was sie gewesen; man wolle ein stehendes Heer aus ihr machen.

Abg. Gottberg gegen die Anträge. (In dem Augenblick, wo der Redner die Tribüne besteigt, erhebt sich ein lebhafter Tumult, so daß seine Rede vollkommen unverständlich bleibt.)

Abg. v. Carlowich für den Antrag. Die Militärorganisation wolle die Landwehr auf Kosten der Steuerzahlenden besetzen. Er wolle zugeben, daß für den Fall einer Mobilmachung die Einberufung der Landwehr für die Einberufenen lästig sein möge; allein er sei der Ansicht, daß diese Umstände doch nur höchst selten eintreten dürften und eine Erhöhung des Militärstats in so bedeutendem Maße, als sie die Heeresorganisation verlangt und die dadurch bewirkte Ueberbürdung der Steuerzahlenden nicht rechtfertige. (Zustimmung.) Aus dem Umstande, daß die frühere Volksvertretung der Regierung in Betreff der Militärorganisation zugestimmt habe, sei noch nicht die Verpflichtung für das gegenwärtige Abgeordnetenhaus herzuleiten, in diesem Punkte ebenfalls der Regierung beizustimmen. Die Regierung hätte erst die Organisation anbahnen, die definitive Einführung derselben aber erst dann vornehmen sollen, wenn die Landesvertretung einem dchfalligen Gesetzentwurf ihre Zustimmung gegeben habe. Die Politik, welche die jetzige Regierung verfolgt, entfremde ihr die Herzen des deutschen, wie auch des preussischen Volkes. (Bravo!) Wenn jemals ein Feind über die Landesgrenze hereinbreche, so meine er, daß die Landwehr nach wie vor ihre Schuldigkeit thun werde, wenn nur eben die Politik der Regierung eine richtige sei; das Letztere sei aber nicht der Fall, und die Gegner Preußens sähen schon jetzt sehr ruhig dem Werke der Selbstvertheilung zu, welches die gegenwärtige Regierung Preußens durch ihre Politik vollbringe. (Lebhaftes Bravo!) Redner wendet sich nunmehr gegen die Ausführung des Abg. v. Sybel, die er für ein vollständiges Zustimmungsvotum zu den Wahregeln der Regierung hält. Wenn ich der Kriegsminister v. Moos gewesen wäre, so würde ich zu Hrn. v. Sybel gesagt haben: Mein lieber Hr. Abgeordneter v. Sybel, Sie haben mir vollständig aus der Seele gesprochen! Demnächst wendet sich der Redner zu dem in der Presse erwähnten Ausweg und schließt mit dem Ausspruch: Wenn die Verfassung der Regierung das Recht gibt, auch ohne Budget weiter zu regieren, so ist diese Verfassung das Papier nicht werth, auf das sie geschrieben ist. (Sehr lebhaftes Bravo!)

Abg. v. Binde (Strehlen) gegen den Antrag. Die Heeresorganisation, wie sie eben der Etat anstrebe und voraussetze, sei nicht allein durch die politischen Verhältnisse geboten, sondern namentlich durch die militärischen Verhältnisse selbst bedingt. Unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses sucht Redner seine Ansicht in der durch sein bekanntes Promemoria schon ausgedrückten Weise zu begründen.

Abg. Birchow für den Kommissionsantrag. Er rechtfertigt zunächst die Budgetkommission gegenüber den Aeußerungen der Abgg. v. Gottberg und v. Binde. Redner meint, Preußen habe weder von Frankreich, noch von England, Rußland und Oesterreich einen Konflikt zu erwarten. Da ein spezieller Vortheil für die Kriegstüchtigkeit der Armee aus der Heeresorganisation nicht hervorleuchte, und auch namentlich die politischen Verhältnisse keine Befürchtungen für Preußen zulassen, so findet er gar keine Veranlassung für eine Umänderung des Gesetzes über die Landwehr vom Jahr 1814, wie sie eben die Militärorganisation verlange. Es gebe nur die Alternative: entweder es folgt eine Auflösung des Hauses, oder das Ministerium tritt ab. Will es Beides nicht, dann muß es ein neues Budget einbringen mit einem Gesetz für die Militärorganisation, oder es läßt sich eine Indemnitätsbill geben, die ihm vielleicht ertheilt werden würde, wenn es zugleich verlässliche Zusicherungen für die Zukunft gibt. Das Ministerium verlangt aber von uns, daß wir das Budget bewilligen sollen, wie es dasselbe vorgelegt, und wenn wir die Bewilligung verweigern, dann will es ohne Budget regieren. Das Ministerium würde dies sicherlich schwer zu büßen haben.

Der Kriegsminister: Es sind die allerwichtigsten Bemerkungen gemacht worden; es ist schwer, sie erschöpfend zu beantworten, wenn man logisch zu Werke gehen will. Was ich zu sagen habe, habe ich als Diener des Königs und als Soldat und Minister für das Heer zu sagen. Eine Frage möchte ich von Allen fortgelassen wissen, es ist die Reorganisation (hört!); Niemand zweifelt daran (hört, hört!). Niemand der Beihilgen zweifelt daran. Eine zweite Frage wünschte ich gleichfalls absozieren, das ist die finanzielle Frage (oh!). Es kann keine Frage sein, daß die Vergabe des Geldes eine Last ist. Kann das Land diese Last tragen? Ich sage ja. Es sind Viele dieser Meinung mit mir, die Statistik steht mir dabei zur Seite. Das Land, das in den Jahren 1816, 17 u. s. w. die Lasten für das Heer aufbrachte, war ein verarmtes Land, aber es zahlte und stellte freudig seine Söhne. Das ist ein Faktum! Man spricht so viel von der Ueberbürdung des Landes; eine solche Behauptung ist für mich mysteriös; ich berufe mich auf namhafte Statistiker. Man spricht von Verarmung. Gehen Sie spazieren, reisen Sie, und Sie werden sehen, daß die Leute nicht arm sind. Im vorigen Jahre wurden hier 14 Millionen verbaut. Ist dies Verarmung? Es kann also keine Verarmung geben, oder ich muß auch diese Behauptungen von der Armuth für mysteriös halten. Wie, glauben Sie, würde das Land von dem Abgeordnetenhaus denken, wenn die Regierung ihm folgen und die ganze Reorganisation der Armee rückgängig machte! Sie würden keine Ehre einlegen! Ich lasse mich ungern auf Politik ein, aber ich muß es thun. Es wird behauptet, das Ministerium habe die Armee dem Land gewissermaßen über den Kopf wachsen gemacht. Diese Kühnheit kann nicht leicht übertroffen werden. Als die Gesetzesvorlage über die Reorganisation gemacht wurde, konnte das Gesetz nicht zur Beratung und Annahme gelangen, aber die Gelder wurden von Ihnen doch bewilligt. Haben Sie das also gethan, so müssen Sie auch die Reorganisation wenigstens in so weit anerkennen, als sie auf Bewilligung dieser Gelder beruht. Es handelt sich hier darum: was ist Ihre Pflicht gegen das Land? Wenn Sie sagen: ehe wir das Budget für 1863 bewilligen, wollen wir das Gesetz über die Reorganisation. Darin würden Sie Recht haben. Wir wollen keine Armee, um damit zu prunken, keine Paradeesoldaten; so, nur so lauten die Anstellungen. Sie wollen das Gefühl des Behagens vorziehen der Ehre und Sicherheit des Landes. Es würde aber gewiß nicht gebilligt werden, wenn Sie Preußen zu einer Macht zweiten Ranges herabdrücken wollten. Im Gegentheil, Sie wollen größer werden und deshalb wollen Sie das Militärbudget kürzen! Wiederum ein Mysterium für mich. Es ist so viel von mangelhafter Bekleidung der Landwehr die Rede gewesen. Wenn morgen die Kriegstrompete geblasen wird, dann wird es sich zeigen, daß alle Bedürfnisse für die Landwehr vorhanden sind, und daß kein Landwehrmann baarfuß zu gehen braucht. Wenn der Abgeordnete für Görlich (Carlowitz) für die Landwehr schwärmt, so ist das gut; ich bezweifle aber, daß viele Landwehrmänner, die noch zum Dienst verpflichtet sind, dafür schwärmen. Die Mißstimmung des Auslandes gegen Preußen ist nicht gegen die Regierung gerichtet, sondern gegen die Majorität dieses Hauses, welche alles Entgegenkommen der Regierung zurückweist. Können Sie die Bataillone mit Diatarien kommandiren oder sollen die Offiziere auf Kündigung angestellt werden? Ein Soldatenheer abschaffen, wäre eine japanische Mode. Ein Völkchen schneidet auch, aber man liebt seine Schneide nicht. Die Verfassungsfeinde sollen verachtet werden, wenn mehr Offiziere angestellt werden. Ich will hierauf nicht erwidern, weil ich befürchte, daß mir dazu die parlamentarischen Ausdrücke fehlen; aber Sie mögen bedenken, ehe Sie eine solche Behauptung aussprechen, daß die Offiziere königstreu sind, und der König die Verfassung beschworen hat. Es hat hier Jemand behauptet, daß ich politisch Unzuverlässigkeit nachweisen; so lange dies nicht geschieht — und das kann nicht geschehen — so lange verbitte ich mir solche Bemerkungen. . . .

Schluß der Sitzung 4 Uhr; nächste morgen.

### Deutschland.

\***Karlsruhe, 12. Sept.** Seine Majestät der Königin von Preußen ist heute Vormittag 11 Uhr, von Baden kommend, daher eingetroffen und im Groß-Residenzschloß abgestiegen. Heute Nachmittag 1 Uhr haben Seine Majestät die Keise nach Berlin wieder fortgesetzt.

**(Von der Hardt, 11. Sept.)** Gestern wurde in der Kirche zu Deutsch-Neureuth die Diözesansynode der Landdiözese Karlsruhe abgehalten. Die Verhandlungen währten von Morgens 9 Uhr bis Abends 7 Uhr und hatten einen durchaus ruhigen Verlauf. Die Vorlagen des Oberkirchenrathes nahmen die ganze Zeit in Anspruch, so daß wichtige, von einzelnen geistlichen und weltlichen Mitgliedern der Diözese eingemischte Anträge in Bezug auf Aenderung einzelner Bestimmungen der neuen Kirchenverfassung aus Mangel an Zeit auf die nächste Synode zurückgelegt werden mußten. Als man zur Wahl des Defans schritt, erhob sich ein Mitglied der Versammlung, um im Namen der ganzen Diözese das Bedauern auszusprechen, daß sie an der Wiederwahl ihres bisherigen Defans, des Stadtpfarrers Zimmermann von Karlsruhe, durch den Paragraphen der Verfassung gehindert seien, wonach der zu wählende Defans Mitglied der Diözese sein müsse, und sprach demselben im Namen Aller den herzlichsten Dank aus für seine bisherige treue, liebevolle und gesegnete Dienstführung; worauf sich die ganze Versammlung beistimmend erhob. Nachdem dies zu Protokoll gegeben war, wurde nacheinander zum Wahlsatz selbst geschritten, in welchem Pfarrer und Schulinspektor Sachs von Deutsch-Neureuth mit 20 Stimmen zum Defans, die Pfarrer Mentore von Friedrichsthal und Wendling von Knielingen zu geistlichen, und die Bürgermeister Zweder von Linsheim und Sutter von Mühlburg zu weltlichen Mitgliedern des Diözesansynodales gewählt wurden.

**Baden, 11. Sept.** Das große Jagdrennen ist heute abgehalten worden und hat in seinem Verlauf hohe Befriedigung erweckt, sowohl bei den eigentlichen Sportsmen als bei dem übrigen Publikum, das sich zu dem interessanten Schauspiel in ungewöhnlicher Menge eingefunden hatte. Es waren im Ganzen 15 Pferde dazu angemeldet worden, wovon jedoch nur 11 liefen. Sie hatten auf ihrem Weg nicht weniger als 19, zum Theil sehr bedeutende und schwierige Hindernisse zu überwinden, und es geschah fast durchweg mit dem überraschendsten Erfolg, worüber sich sehr interessante Einzelheiten mittheilen ließen, wenn der Raum es gestattete. Das erste Pferd, welches als Sieger am Ziele ankam, war Rowlands braune Stute „Medora“; es gewann somit 500 Friedrichsdor; Bar. de Meint brauner Wallach „Duhallon“ erhielt als zweites Pferd die Einlage, mit Ausnahme von 20 Friedrichsdor, welche dem dritten Pferd, des Grafen Alvensleben braunem Wallach „Kostalt“, zufließen.

Dem heutigen Jagdrennen wohnte wieder Sr. Maj. der König von Preußen bei, und zwar bis zum Schluß. — Nach dem gestrigen Rennen hatten die preussischen Majestäten die deutsche Theatervorstellung („Sigaros Hochzeit“) besucht, und heute werden Höchstdieselben auf einem Balle erwartet, welcher nach der französischen Theatervorstellung (Molière's „Tartuffe“ und ein Ballet) im Konversationshaus von dem Herzog von Sausport gegeben wird.

**Konstanz, 10. Sept.** Nach dem Vorgang anderer Städte hat sich nacheinander auch hier eine Handwerkerbank oder Vorshußverein gebildet; derselbe zählt schon 70 Mitglieder und wird hoffentlich der zu seinem Gedeihen notwendigen und gebührenden Würdigung sicher sein dürfen.

**Von der Hardt, 9. Sept.** Gestern fand in Neustadt eine Privatbesprechung im engern Kreise statt, welche durch die Lage, in die der Zollverein gerathen ist, zunächst veranlaßt war. Die Versammlung bestand aus beiläufig 25 Theilnehmern. Den Vorsitz übernahm Hr. Gutsbeziger L. Jordan von Dudesheim, und es betheiligten sich außer ihm die H. H. v. v. Dudesheim, Christmann von Dürenheim, Cullmann von Neustadt, Leberle von Hamburg, Levi von Landau, Louis von Landau, Orth von Kaiserslautern, Stöckinger von Speyer, Umshäiden von Dürenheim, C. H. Wolf von Wachenheim und Andere an der mit großer Lebhaftigkeit geführten Debatte, welche sich an eine vom Landtags-Abgeordneten Umshäiden auf Eruchen unterbreitete Vorlage anlehnte und im Großen und Ganzen eine völlige Uebereinstimmung der Ansichten konstatarie. Der „Pfälz. Kur.“ berichtet darüber:

Die Versammlung ging von der Ansicht aus, daß die Krise, in welche der Zollverein wiederum gerathen ist, vor allem Andern Folge der fehlerhaften politischen Organisation Deutschlands ist. Befähigt zur Zeit eine wirkliche Zentralgewalt, umgeben von einer Vollvertretung, so wäre die peinliche Lage, in welche wir gerathen sind, überhaupt gar nicht möglich. Eine gründliche Heilung des jetzigen Uebels und eine definitive Befestigung der Gefahr für die Zukunft ist deshalb nur von der Erfüllung des ohnehin allgemein ausgesprochenen Bedürfnisses, von der Organisation einer kräftigen Zentralgewalt mit Vollvertretung, zu erwarten. Die für Frankfurt in Aussicht gestellte Delegirtenversammlung könne zwar unter Umständen berufen sein, eine sehr gemeinnützige Thätigkeit zu entwickeln. Allein das Bedürfnis Deutschlands nach einer Vollvertretung sei hiermit nicht erfüllt, wie ja die Regierungen selbst anerkannt haben. Ein Zollparlament für den Zollverein sei bis jetzt von keiner Regierung Deutschlands in Aussicht gestellt. Dieser Gedanke werde auch den Zweifelpunkt nicht heben können, ja, es sei die Wahrscheinlichkeit, daß, vermöge der Konsequenzen, welche daraus abgeleitet werden, selbst, wenn die Regierung Preußens darauf einzugehen geneigt wäre, der Widerstand von der anderen Seite unbesiegbare Schwierigkeiten entgegenzusetzen werde. Das einzig richtige Heilmittel unserer handelspolitischen, wie unserer politischen Krankheit für immer sei daher — die endliche Kreierung einer möglichst starken Zentralgewalt mit Vollvertretung. Die Versammlung betonte ausdrücklich, daß sie mit dem Aussprechen dieser Ansicht keineswegs eine feindselige Absicht gegen unsere Staatsregierung verbinde. Die Kündigung und Auflösung des Zollvereins sah die Versammlung als eine den Wohlstand der Pfalz ruinirende Eventualität, als eine höchst bedenkliche Gefahr für Bayern, und als ein Nationalunglück für Deutschland an, dessen unendliche Tragweite sich gar nicht übersehen lasse. Auch war Jedermann dahin einverstanden, daß die Berichte in verschiedenen Organen der Presse, als ob in der Pfalz keine Besorgnisse wegen Auflösung des Zollvereins vorhanden, entschieden unrichtig seien, und es sei daher die Pflicht, dieser zu beklagenswerthen Folgen führenden Angabe ernstlich zu begegnen. Wer die

Schuld trage an dem drohenden Nationalunglück, könne die Versammlung nicht schillern. Es sei aber auch ein schlechter Trost, die Hände in Unschuld waschen zu können, dabei aber am Hungertuche nagen zu müssen. In den zwischen Frankreich und Preußen vereinbarten Verträgen sah die Versammlung keine Beeinträchtigung pfälzischer Interessen, namentlich bei Aufhebung der Uebergangssteuern nach dem Norden. Sie neigte sich vielmehr zur Ansicht, daß daraus nur Vortheile für die Pfalz entstehen würden. Unter Voraussetzung der Erhaltung des Zollvereins sei auch die Pfalz durchaus nicht gegen eine größere Zollannäherung an Oesterreich. Der Preis dieser Zollannäherung dürfte aber in keinem Falle das Zerreißen des Zollvereins sein, aus der ein südwestdeutscher Verband mit Oesterreich hervorginge. Dieser Verband werde mit innerer Nothwendigkeit zum großpreussischen Verbände jenseits des Rheins auch in politischer Beziehung drängen, und hiermit sei der Ruin Deutschlands eingeleitet. Die Versammlung war einstimmig der Ansicht, es sei Recht und Pflicht der Pfalz, sich in einer allgemeinen öffentlichen Versammlung über ihre Interessen auszusprechen und ihr Anliegen der königl. Staatsregierung vorzutragen. Es wurde deshalb beschlossen, eine Kommission niederzusetzen, welche eine solche Versammlung zu geeigneter Zeit und am geeigneten Ort zusammenrufen solle. In diese Kommission wurden gewählt die H. H. Christmann, Jordan, Levi, Louis und Umshäiden, und ausgesprochen, daß die Kommission sich nach Gutdünken verhalten solle.

**München, 9. Sept. (S. M.)** Die Kaufsumme, um welche die bayrische Donau-Dampfschiffahrt-Anstalt von der österröichischen Gesellschaft erworben wurde, wird auf 900,000 fl., in 10 einjährigen Raten à 90,000 fl. zahlbar, angesetzt. Der Preis erscheint als ein sehr günstiger in Hinsicht auf die geringe Rentabilität des Unternehmens, das schon von je her und namentlich seit Eröffnung der Dampfbahnen nicht nur zum Fortbetrieb auf der ganzen Strecke von Donauwörth abwärts, sondern auch dazu sich verbindlich gemacht hat, ihre Tarife, Fahrordnungen u. d. bayrischen Regierung zur Genehmigung vorzulegen, werden hiernach die Befürchtungen der Donauanwohner, die in so vielen Petitionen und in der Presse sich geäußert hatten, jetzt wohl niedergeschlagen sein.

**Aus Kurhessen, 10. Sept.** Weitere Wahlen zum Landtage sind die der Gutsbesitzer Schöttler zu Merzhausen und Kofelieb zu Schaffhof, von den Höchstdbesteuerten der Kreise Schwege und Wigenhausen, und die des Kommerzienrathes Braun von Hersfeld und Gutsbesizers L. Wild von Guttels, von den Höchstdbesteuerten der Kreise Hersfeld und Roienburg gewählt.

**Schleiz, 8. Sept. (D. A. 3.)** Die am 3. Juni d. J. in Greiz erfolgte Ausschreibung zweier Prinzessinen in der in Aussicht gestellten „Nachberhebung“ zweier anderen Prinzessinen scheint zu einem Rechtsstreit der Landgemeinden, welche die Zulässigkeit dieser Besteuerung bezweifeln, zu führen zu sollen. Die Höhe der Aussteuer ist in dem Ausschreiben auf 3600 Thlr. festgesetzt, und zwar für die jüngst an den Prinzen Dugo v. Schönburg-Waldenburg verheiratete Prinzessin Hermine.

**Celle, 9. Sept. (3. f. N.)** In der gestrigen Versammlung des Handelsvereins wurde über den Heidesheimer Handelsvertrag berichtet, worauf eine Besprechung des preussisch-französischen Handelsvertrags, namentlich die Ausfuhrprämissen betreffend, folgte; dann beschloß man: „Der Vorstand möge Erkundigungen einziehen, auf welche bedeutendere Artikel von Frankreich bei der Ausfuhr nach Preußen und dem Zollverein höhere Ausfuhrprämissen vorgelagert würden.“ Zu dem preussisch-französischen Handelsvertrag selbst, dem Hauptgegenstande der Tagesordnung, hatte der Vorstand den Antrag gestellt: „Es möge der Verein ihn ermächtigen, bei der Regierung zu erklären, daß man im Interesse des hiesigen Handels und der Industrie wünsche, es wolle die hannoversche Regierung thätlichst bald ihr Einverständnis zu den von der preussischen Regierung gemachten Vorschlägen erklären, und zwar nicht nur um uns die bisherigen Vortheile der Verbindung mit Preußen zu erhalten, sondern auch aus dem Grunde, weil wir den preussisch-französischen Handelsvertrag von direktem Nutzen für uns erachten.“ Jedes Hinausschieben der Entscheidung dieser Frage sei nachtheilig, da die Ungewissheit sehr bald störend auf den Geschäftsverkehr, insbesondere auch auf den Kredit einwirken werde.“ Der Vorsitzende, Kaufmann G. L. Meyer, ließ diesem Antrag den geschichtlichen Verlauf der Angelegenheit und eine ausführliche Motivirung desselben vorangehen. Von allen Seiten sprach man sich für den Antrag aus und nahm denselben einstimmig an; auch wurde beschlossen, die übrigen Handelsvereine des Königreichs zu gleichen Schritten bei der Regierung aufzufordern.

### Italien.

\***Turin, 9. Sept.** Die „Turin. Jg.“ bringt einen langen Artikel, um verschiedene Aufschlüsse über die Behandlung, die Garibaldi in seiner Gefangenschaft zu Theil wird, zu geben, und die Anschuldigungen zu widerlegen, welche in dieser Beziehung von verschiedenen Seiten gegen das Ministerium erhoben worden sind. Auf die erste Nachricht von der Gefangennahme und Verwundung Garibaldi's, in der Nacht vom 29. auf den 30., habe das Ministerium vor allem Andern an Oberst Pallavicini den telegraphischen Befehl geschickt, „zunächst für die Wunde Garibaldi's mit aller feiner Person gebührenden Rücksicht Sorge zu tragen.“ Ebenso habe das Ministerium angeordnet, alle übrigen Gefangenen mit Menschlichkeit zu behandeln, namentlich die, welche durch ihre gesellschaftliche Stellung die Bequemlichkeiten des Lebens gewöhnt seien. Die für Garibaldi persönlich ertheilten Instruktionen lauteten folgendermaßen: „General Garibaldi und die Personen, welchen die Regierung erlauben wird, bei ihm zu bleiben, sollen mit der größten Rücksicht behandelt werden, anständig möblirte Zimmer und einen angemessenen Tisch erhalten, Alles auf Kosten des Kriegsministeriums.“ Als der „Duca di Genova“ in La Spezia ankam, war die für Garibaldi

balbi bestimmte Wohnung im Fort Santa Maria noch nicht bereit; man mußte erst ein dort befindliches Pulverdepot ausräumen und wollte deshalb, da die Verzögerung höchstens nur zwei Tage dauern konnte, Garibaldi so lange an Bord des Schiffes behalten. Am 2. Sept. wurde er jedoch auf seinen eigenen Wunsch nach dem Bagnano in die Wohnung des Kommandanten gebracht. Möglicher Weise, erklärt das offizielle Blatt, habe im ersten Augenblick Einiges, was zur Verpflegung des Verwundeten gehört, gefehlt. Man dürfe dies aber dem Ministerium nicht zur Last legen, das schon am 1. Sept. alle Anordnungen zu treffen in La Spezia anbefohlen. Eben so unbegründet ist, nach dieser ministeriellen Rechtfertigung, der Vorwurf, man habe Garibaldi die Verbindung nach außen verwehrt und keinen Besuch zu ihm gelassen. Es erhielten sofort seine Kinder, sein Eidam, Hr. Canzio, Ritter Deideri nebst Frau, Frau Schwabe u. Erlaubnis, bei ihm zu wohnen. Außerdem wurde er von vielen Personen besucht, so von den Generälen Turr und Virio, Hr. Aug. Beechi, Marchese Giorgio Pallavicino und Gemahlin u. A. Alle nicht kerulischen Ärzte und andere Unbekannte seien allerdings nicht zugelassen worden, allein zumeist auf den Wunsch Garibaldi's selbst, der den Obersten Santa Rosa gebeten habe, in dieser Beziehung etwas strenge zu sein, weil ihn die vielen Besuche, die er nicht abweisen könne, ermüdeten. — Die Nachrichten über das Befinden Garibaldi's, sagt die „Italie“, melden eine gewisse Besserung, sind jedoch nicht der Art, alle Besorgnisse zu verhehlen. Garibaldi wird von sieben Ärzten behandelt, und natürlich sind sie geheimer Ansicht. Die Pessimisten sind die gewöhnlichen Ärzte Garibaldi's, die Optimisten die zur Konsultation zugezogenen.

### Frankreich.

**Paris, 11. Sept.** Wie man aus Turin erfährt, machen die Reichthümer Englands, die persönlichen Bestimmungen Victor Emmanuel's und der Zustand Garibaldi's selbst eine Annexion immer wahrscheinlicher. Auch die Aeußerungen des in Paris anwesenden Hr. v. Manebria scheinen diese Annahme zu bestätigen. Wie dem auch sei, jedenfalls scheint man in Turin definitiv darauf verzichtet zu haben, die Kammer in diesem Monat einzuberufen. Man wird politisch und finanziell fortwährenden, so gut es geht, und das Parlament erst Anfangs November eröffnen. — Abermals ist von der bevorstehenden Auflösung des Gesetzgeb. Körpers die Rede, und man sagt bei, daß Hr. v. Morny sich ja in dem Betreff zum Kaiser nach Biarritz begeben habe. Letzteres ist jedenfalls unrichtig, da Hr. v. Morny sich zur Zeit mit seiner Gemahlin in London befindet und einen Ausflug bis nach Schottland beabsichtigt. — Die „Patrie“ glaubt versichern zu können, daß das Evidenzgesetz weder nicht vor Neapel überwintern, sondern Ende Oktober nach Toulon zurückkehren wird. — Marquis D'Avilla, Grand von Portugal, ist aus Turin kommend, in Paris angelangt. Die Vermählung des jungen Königs von Portugal mit der Prinzessin Via soll am 2. oder 3. Oktober stattfinden. Die portugiesische Majestät wird durch den Grafen Labradio vertreten werden, und man versichert, die piemontesische Prinzessin werde auf dem Wege nach Vissalon Paris und auch London berühren. — Dem „Pare de la Voire“ zufolge wird das am 15. nach Mexiko abgehende Paketboot „Louisa“ nur sehr wenig Fracht an Bord nehmen können, da es für eine Abtheilung Militärarbeiter, 13 Militär-Verwaltungsbeamte, 23 Militärärzte und Apotheker und 123 Krankenträger von der Regierung fast ausschließlich in Anspruch genommen ist. — Dasselbe Blatt meldet, daß die Verwaltung der Orleans-Bahn angewiesen wurde, vom 12. v. M. an auf der Linie von St. Nazaire nach Nantes die Nacht hindurch Beamte und Material bereit zu halten, damit die aus Vera-Cruz eintreffenden Depeschen ohne einen Moment Verzögerung weiter expedirt werden können. — Der neue Pressdirektor, Hr. Treillard, soll beabsichtigen, ein Konsultationskomitee einzusetzen, welches über offizielle Mittheilungen, Verwarnungen und dgl. zu berathen hätte. — Lord Cowley wurde durch den Telegraphen zur Königin von England berufen, als sie im Schloß Laeken war. Der politischen Unterredung wohnten auch Graf Russell und der König der Belgier bei. — Die heutige Börse war geschäftlos. In Hauffe schließen fast nur P. L. M., deren Einnahmen in dieser Woche um 317,000 Fr. stiegen. Rente unverändert 69.65. Nob. 947.50. Ital. Anl. 71.15.

### Amerika.

**London, 10. Sept.** Außer der gestern mitgetheilten Depesche des General's Pope über die zweite Schlacht bei Bull Run enthält die amerikanische Post per Anglo-Saxon folgende Mittheilungen:

**Neu-York, 30. Aug., Morgens.** Die Regierung hat während der Woche über die militärischen Bewegungen im Virginienhale amtliches Stillschweigen beobachtet. Gestern Abend jedoch erschienen einige offizielle Depeschen. Da keine Korrespondenten im Unionslager zugelassen werden, so hält es schwer, genau zu ermitteln, was in Virginien vorgeht. Gewiß ist, daß die ganze Woche hindurch Gefechte stattfanden, die wahrscheinlich mit einer großen Schlacht enden werden. Man weiß, daß in Centreville 2 Unionsregimenter gefangen genommen wurden. Eine große südliche Streitmacht steht in Leesburg, und es heißt, daß der Feind bei Watkinsford über den Potomac nach Maryland gehen will. Es herrscht im Publikum große Aufregung und es sind die außerordentlichsten Gerüchte verbreitet. General McClellan hat den Befehl über die Armee von Virginien angenommen.

Folgendes ist die klare Darstellung, die sich bis jetzt über die Ereignisse in Virginien kombinieren läßt: Die Südlings griffen am 23. v. die Rappahannockstation an und zwangen die Unionsstruppen, die Rappahannocklinie aufzugeben. Nachdem sie die Brücke über den Fluß verbrannt hatten, zogen sich die Unionsstruppen nach Warrenton Junction, eine Strecke von 10 Meilen, zurück. Am 26. machte die feindliche Streitmacht, die bald auf 2000, bald auf 7000 Mann geschätzt

wird, einen stürmischen Angriff auf Mannassas Junction im Rücken der Unionsarmee. Die Bundesstruppen wurden aus Mannassas hinausgeworfen und verloren eine Batterie von 9 Kanonen. Der Feind zerstörte alle Gebäude nebst werthvollem Eigenthum, schnitt den Telegraphen durch, und vernichtete die Eisenbahn, so daß sowohl die telegraphische wie die Bahnverbindung zwischen Pope und Washington unterbrochen wurde. Der Feind marschirte darauf nach Bull-Run-Brücke und vertrieb die Unionsstruppen von diesem Punkte. Seine Kavallerie rückte dann nach Fairfax vor. Man vermutet, daß die Südlings dem General Pope in den Rücken kamen, indem sie durch Thoroughfare Gap gingen. Da der südliche General Longstreet, der durch den Gap gekommen war, nach Westen gedrängt wurde, so ließ die nach Mannassas marschirende Division Hooker am Nachmittag des 27. bei Retile Run auf ihn, sprengte ihn nach einem hitzigen Gefechte vollständig auseinander, tödtete und verwundete 300 Mann, und erbeutete sein Lager. Am 28. rückte Pope rasch gegen Mannassas Junction vor, welches Jackson 3 Stunden vor seiner Ankunft geräumt hatte. Jackson zog sich über Centreville zurück und schlug die Herdräse gegen Warrenton ein. Spät am Nachmittag des 28. stieß er, 6 Meilen westlich von Centreville, auf McDowell und Sigel. Es entspann sich ein hitziger Kampf, dem das eintreffende Dunkel ein Ende machte. Die Südlings wurden auf allen Punkten zurückgedrängt.

So stehen die Dinge jetzt. Heintzmann's Korps wird bei Tagesanbruch von Centreville aus auf den Feind losgehen, und General Pope glaubt, daß derselbe nicht ohne schweren Verlust entkommen könne. General Pope hat 1000 Gefangene gemacht und eine Kanone erbeutet. Halbamtliche Depeschen aus Washington melden, daß die Generale Burnside und Pope sich glücklich durch den Feind nach Mannassas zu hindurchgeschlagen, und auf unserer Seite von Centreville mit der unter McClellan stehenden Armee in Virginien vereinigt haben. Ein hitziges Gefecht hatten die Divisionen Hooker, Sumner und Sturges mit dem Feinde; und der Letztere wurde geschlagen und aus der Umgegend von Mannassas und Bull-Run, durch die Pässe des Bull-Run-Gebirges, zurückgedrängt.

Es werden noch immer Kriegsmeeetings gehalten. Man berichtet, daß es der Unionsregierung sehr an Waffen fehlt. Viele Truppen, die in Washington ankommen, können nicht armit werden.

**Neu-York, 23. August** hatte die gute Stadt Neu-York das Schauspiel eines ziemlich großartigen Militärfawalls. Die Ursache war, daß eine Anzahl Soldaten, welche für die Empire-Brigade vor einigen Wochen geworden worden waren, kein Handgeld vom Staat Neu-York erhalten hatten, während einige neuere Kriegsmeeetungen mit dem Handgeld in ihrer Tasche klinkerten. Neun Soldaten, welche Handgeld bekommen hatten, erregten, als sie in die Kaserne der Empire-Brigade kamen, den Neid und Zorn ihrer Kameraden. Ein halbdesoffener Gemeiner bestieg ein Bierfass als Tribüne und forderte die Majorität der Soldateska auf, sich solche Behandlung nicht gefallen zu lassen. Ein Kapitän befahl ihm, auf seine Stube zu gehen. Er widersetzte sich und hatte eine ganze Kompagnie für sich. Die Offiziere, welche die Ruhe wieder herstellen wollten, wurden mißhandelt und mußten ihr Heil in der Flucht suchen, worauf die ganze Brigade, welche 1200 Mann zählt, aus der Kaserne herausstürzte. Ein Theil der Soldateska stürmte ein gegenüberliegendes Hotel, schlug darin alle Fensterscheiben ein, machte alle Möbel klein, und nahm Flaschen, Häffer und Kannen Whisky, Brandy, Gin und Lagerbier in die Straßen und in ihre Kaserne mit, wo natürlich die Orgie erst recht begann. Die Polizei, die in Masse, aber ziemlich spät einschritt, um dem Unwesen zu steuern, wurde mit Knütteln, Flaschen und Steinen schrecklich bearbeitet; aber eine Kompagnie Miliz und eine Abtheilung von 100 Schiffesoldaten mit geladenen Gewehren trieb endlich die Auführer in die Kaserne zurück. Ueber die Zahl der Gefallenen waren in Neu-York widersprechende Gerüchte verbreitet; Manche gaben die Zahl auf 20, Andere auf 50 an; aber die Zahl der blutigen Köpfe, geschundenen Nasen und braunblauen Augen war eines anständigen Gefechts im Felde würdig.

### Vermischte Nachrichten.

**O O Dissenburg, 10. Sept.** (Unterbadisches Kreis-Schützenfest.) Der zweite Tag unseres Festes, besser vom Wetter begünstigt, brachte einen sehr erheblichen Anhang von fremden Schützen und neuen Festbesuchern. An der Schützenfest-Halle, welche durch Neubauten erweitert wurde und eine bedeutende Länge einnimmt, befindet sich der Gabentempel in Form eines anstehenden Klosters, welcher mit mehr als 30 mitunter recht werthvollen Ehrengaben ausgestattet ist.

Veider konnten trotz der angelegentlichsten Thätigkeit der zahlreich angestellten Arbeiter, der kurzen Zeit wegen, die Erweiterungen der Schieß- und Speisehalle mit dem Gabentempel noch nicht vollständig ausgeführt werden.

Es mögen bis jetzt etwa 300 fremde Schützen anwesend gewesen sein, von denen ein großer Theil auf den aufgestellten 21 Feld- und Stand- schießständen zur Zeit noch thätig ist. Bei der in der Schützen-Speisehalle stattgehabten Mittagstafel herrschte eine Feiertagsart, wie solche den freimüthigen Schützen eigen ist. Den ersten Toast brachte ein Mitglied des Festkomitees, Hr. Rechtsanwält v. Feder, auf den deutschen Schützenbund und dessen hochherzigen Beschützer, den Herzog von Koburg, aus; der zweite Toast, ebenfalls von einem Komiteemitglied ausgebracht, galt den badischen Schützen.

Wenden wir uns zum Festplatz, so finden wir nebst vielen Verkaufsbuden und Restaurationen ein schön geschmücktes Tanzzelt und eine große Bude mit dem Gluckshafen, ein Karussell, einen Kunststreitercircus, Rationentheater u. s. w.

Bei dem Freitänzen zeichneten sich in erster Reihe die Pfortheimer Turner aus, denen 8 Ehrenpreise zuerkannt wurden. Neben ihnen erhielten ein Karussell, ein Zeller und zwei von den hiesigen Turnern Ehrenpreise. Nebenher aber erwarben sich alle Turner durch ihre thätigen Leistungen das Lob aller Zuschauer; insbesondere erregten die kleinen lustigen Knaben Turner durch die Behendigkeit, womit sie ihre ältern

Komiteen nachahmten, allgemeine Heiterkeit. Der Hammeltanz lockte eine ungewöhnliche Menschenmenge Abends zum Schützenfestplatz, welche sich erst-Nachts zur Stadt wälzte, als der zur Vorfeier des Geburtsfestes Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs angeordnete Zapfenstreich der Feuerwehrrmusik stattfand.

Das hohe Geburtsfest selbst wurde durch außergewöhnliche Feierlichkeiten verherrlicht und das ganze Feuerwehrcorps wohnte in Parade dem Gottesdienste an. Auf Einladung des Gemeinderaths fand in dem Gasthofe zum Römischen Kaiser ein besonderes solennes Festmahl statt, an welchem nebst dem ganzen Gemeinderath eine große Anzahl Schützen und Einwohner der Stadt aus allen Ständen, etwa 200 Personen, Theil nahmen, während ein zweites die H. Staatsdiener in dem Gasthofe zur Fortuna vereinigte. Die Festtafel brachten der Bürgermeister Schauble und der Gemeinderath und Rechtsanwalt Ehard aus. Sofort ging ein telegraphischer Glückwunsch der Bürgerschaft und der Schützen an Sr. Königl. Hoheit den Großherzog ab, auf welchen alsbald zu großer Freude der Tafelgenossen eine huldvolle Erwiderung eintraf.

Nach dem Festmahl zog die ganze Versammlung mit Musik und Fahne auf den Festplatz zur Schützenhalle, in welcher, ähnlich einem fortwährenden Rottenfeuer, bis Abends die Schüsse knatterten. Nebst andern Volksbelustigungen, die wieder bis spät in die Nacht fortbauerten, fand auch ein großes Feuerwerk statt.

Den besten Schuß bis zu dem Geburtsfest-Tage, 45 Punkte in 3 Schüssen, erzielte der Schütze Herberich von Lörach auf der Feldschießscheibe „König“.

Das Schießen, welches am Mittwoch durch anhaltenden Nebel bis Nachmittags unterbrochen wurde, wird noch bis nächsten Sonntag fortbauern, an welchem sodann erst die Gabenvertheilung stattfinden soll.

Bei der dieser Tage dahier unter dem Vorhitz des Oberschützenmeisters Hülzlin abgehaltenen Schützenversammlung der hiesigen und fremden Schützen wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

- 1) Die Größe der Blättchen zu den Stechscheiben, Freihand-Standard, in Frankfurt wurde insofern für gut erachtet, als auf diese Blättchen nur Prämien gegeben werden; wenn aber noch Preise durch Ausmessung ausgelegt sind, so ist bei der jetzigen Einrichtung der Feldschießscheiben die Größe der Blättchen von 2 1/2 bis 3 Zoll im Verhältnis richtig.
- 2) Im Jahr 1863 findet kein Kreischießen statt, um das in Mannheim stattfindende Landeschießen nicht zu beeinträchtigen.
- 3) Die badischen Schützenvereine stehen in unmittelbarer Verbindung mit dem Bortort.
- 4) Das Amt eines Kreis-Oberschützenmeisters wird durch die Sakuntgen des Landes-Schützenvereins nicht anerkannt.
- 5) Zur Deckung der bisher im Interesse des Landes-Schützenvereins erwachsenen Kosten und Auslagen wird eine Auflage von 18 fr. von jedem Mitglied erhoben.

**Konstanz, 10. Sept.** Der hiesige Frauenverein hat seinen Rechenschaftsbericht für 1861/62 veröffentlicht. Die Einnahmen beliefen sich auf 1437 fl. 6 kr., womit sich die Ausgaben kompensiren, und worunter hervorzuheben sind das Ergebnis der vierteljährigen Sammlungen in der Stadt mit 665 fl. 58 kr., der auswärtigen mit 119 fl. 51 kr., der Erlös aus verkaufter Leibwäsche und Bettgeräthschaft mit 408 fl. 30 kr. Unter den Ausgaben sind hervorzuheben 483 fl. 20 kr. für Bekleidung Armer, 478 fl. 4 kr. für Anschaffung von Stoffen für Bett- und Leibgeräthschaften, 162 fl. 36 kr. für Arbeitslöhne für Anfertigung dieser Gegenstände.

**C. Weimar, 10. Sept.** (Volkswirthsch. Kongress.) Den Hauptgegenstand der heutigen Sitzung bildete die Militärfrage. Der Antrag von Kolb, Bürger, M. Wirth, Passavant und Gen. lautet: „Der Kongress deutscher Volkswirthe erklärt: 1) Das stehende Heerwesen untergräbt den Wohlstand der Nation durch seine Kostspieligkeit und den unnütigen Verbrauch von Menschenkraft, ohne seinen Zweck, die Sicherheit der Staaten gegen äußere Angriffe, zu erfüllen. 2) Die innere und äußere Ordnung der Staaten wird allein durch ein Volkswirthschaftssystem gesichert, wie es in der Schweiz im Wesentlichen besteht und in Preußen durch die ursprüngliche Organisation der Landwehr beabsichtigt war. 3) Die allgemeine Einführung des Volkswirthschaftsystems, beruhend auf der allgemeinen Wehrpflicht, der schulmäßigen Vorbildung der Jugend zum Kriegsdienst und einer möglichst verkürzten Präsenzzeit bei den Fahnen, sowie die gleichzeitige Beschränkung des berufsmäßigen Militärstandes auf einen stehenden Lehrkörper und die zur Verwaltung des Waffenswesens, zur Leitung der größten Uebungen und zur Führung im Felde notwendigen höhern Offiziere ist das Ziel, welches Regierungen und Volksovertretungen in Deutschland durch geeignete Reform der bestehenden Heereinrichtungen zu erreichen haben.“ Nachdem Kolb diesen Antrag in einem gründlichen Vortrag, der sich dessen bereits vom volkswirthschaftlichen Verein für Süddeutschland veröffentlichter Denkschrift im Wesentlichen anschloß, begründet, und Bürger aus Köln die statistischen Aufstellungen des Geh. Rath's Engel über die Heereskosten in Preußen einer heftigen Kritik unterzogen, stellte Amand Göggs aus Offenburg den Antrag, daß die durch körperliche Untüchtigkeit vom Militärdienst Befreiten eine Abgabe zahlen sollten, welche zu Gunsten der dienenden Mannschaft verwendet werden soll.“ v. Kreiswirth unterstüßte den Kommissionsantrag von seinem Standpunkt als ehemaliger Offizier. Letzte stellte den Antrag, die verschiedenen Anträge an die händige Deputation zur Sammlung und Verarbeitung des Materials, d. h. ad acta zu verweisen. Noch andere vermittelnde Anträge waren von Bansi, Waldlein, Horn u. A. gestellt, welche dem Antrag die Spitze abzubrechen bequideten. Michalis stimmte im Allgemeinen für den Antrag und nur gegen die Ausführung Radeghy's als Autorität für das Volkswirthschaftssystem, womit die Antragsteller sich einverstanden erklärten. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde endlich der Antrag von Kolb, Wirth und Genossen mit großer Majorität, der Zusatzantrag Göggs' bei schwankender Abstimmung angenommen.

**Weimar, 11. Sept. (A. Z.)** Der heute geschlossene volkswirthschaftl. Kongress hat sich für Anwendung des Prinzips der Gewerbefreiheit auf Aerzte, Apotheker und Advokaten erklärt.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 14. Sept. 3. Quartal. 92. Abonnementsvorstellung. Die Vestalin; große Oper mit Ballet in 3 Akten, aus dem Französischen des Jomy bearbeitet von Seyfried. Musik von Spontini.

